

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Auf. St. Schles., Postlieferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Alte Niederr., in Firma
J. Lewmann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Fontane
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Ind. Rose, Haasenstein & Vogler A.
G. J. Danck & Co., Insolitentell.

Berantwortlicher für den
Inseratenhellen:
F. Slugkiss
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 89

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt jährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,10 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postkarten des deutschen Reichs an.

Freitag, 5. Februar.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

163. Sitzung vom 4. Februar, 2 Uhr.

Das vorläufige Handelsübereinkommen mit Spanien wird in dritter Lesung debattelos angenommen, ebenso in dritter Lesung der zweite Nachtragsetat vom 1891/92 mit der Marineanleihe.

Es folgt die erste Lesung des Weltpostvertrags. Zur Begründung desselben führt

Staatssekretär Dr. v. Stephan aus: Die Verträge haben eine große Bedeutung. Vom 1. Juli d. J. an wird auf dem ganzen Erdball volle Verkehrsfreiheit herrschen. (Beifall.) Was das bejagen will, versteht man am besten, wenn man bedenkt, daß noch vor 50 Jahren ein deutscher Minister die souveräne Neuordnung that: Unreue Landesgrenzen sind nicht dazu da, um von dem Auslandsverkehr niedergeschlagen zu werden. Erst auf dem letzten Kongreß zu Wien gelang der schon oft gescheiterte Versuch, auch die australischen Staaten zum Eintritt zum Weltpostverein zu bewegen. Es war ein erhebender Moment, als der australische Gesandte auf dem Kongreß die Mitteilung von dem Beitreitte Australiens machte. Noch 1872 bestanden für den Verkehr allein von Deutschland nach Australien 25 verschiedene Posttage. Unter der Herrschaft des Weltpostvereins nimmt der Postverkehr einen unermeßlichen Aufschwung. In welcher Weise erleichterungen geschaffnen worden sind, illustriert die Postarte mit Rückantwort, die beispielweise von Amerika nach Deutschland mit dem deutschen Postwertzeichen zurückkommt. Die Verhandlungen zwischen allen verschiedenen Staaten, mit Vertretern der verschiedensten Temperaturen, waren nicht leicht, um so freudiger ist der glückliche Erfolg zu begrüßen. An der Grundverfassung des Weltpostvereins ist seit dem Kongreß zu Bern nichts geändert worden. Nedner gibt eine eingehende Übersicht über die Entwicklung des Weltpostverkehrs seit dem Alterthum und schlägt die Schwierigkeiten, die die Berücksichtigung der Verschiebung der Achse des Weltpostverkehrs machen. Der Weltverkehr beginnt jetzt wieder sich von Westen nach Osten zu ziehen, und China und Japan wird voraussichtlich für ihn eine große Rolle spielen. Der Weltpost-Briefverkehr im Jahre 1889 hat sich auf über 2000 Millionen Briefe, der Paketverkehr auf mehr als 23/4 Millionen Pakete belaufen. Es liegt etwas Ideales in der Thatssache, daß sämtliche zivilisierte Nationen aus freiem Entschluß sich einem einheitlichen Organismus anschließen, dessen Seele die Verkehrsfreiheit ist. Man kann wohl sagen: Nehmt uns alle Freiheiten, aber lasst uns die Verkehrsfreiheit, so wird uns diese alle anderen Freiheiten wieder bringen. (Beifall.)

Abg. Dr. Buhl (nl.) spricht dem Staatssekretär den herzlichsten Dank für seine Bemühungen im Interesse der Verkehrsfreiheit aus und wünscht ihm für die Ausführung seiner Zukunftspläne gutes Gelingen.

Damit ist die erste Berathung erledigt; in der sofort folgenden zweiten Berathung wird der Weltpostvertrag debattelos genehmigt; ebenso die einzelnen Uebereinkommen über den Austausch von Briefen, Postauflösungen, Paketen, Postaufträgen und Zeitungen.

Gemäß dem Beschlusse der Geschäftsaufnahmeförderung wird das Mandat des Abg. Brünings, der zum Oberlandesgerichtsrath befördert worden ist für nicht erlöschend erklärt.

Es folgt die zweite Berathung des Justizsetztes.

Dazu liegt eine Resolution von Bar (fr.) vor, wonach einzelne Auslieferungen sowie Auslieferungsverträge der Zuständigkeit des Reiches überweisen werden sollen, die Bewilligung der einzelnen Auslieferungen von der Mithilfe der Gerichtshöfe abhängig zu machen sind und die Regierungen verpflichtet werden, die Aufhebung der von ihnen mit ausländischen Regierungen abgeschlossenen Auslieferungsverträge herbeizuführen.

Bei dem Titel "Staatssekretär" bemerkt

Abg. Schroeder (df.): Der Gang der Verhandlungen in der Kommission des bürgerlichen Gesetzbuches bleibt zu einigen Besprachen veranlaßt. Die Berathung dauert bereits zehn Jahre, eine Dauer, die ja bei der Wichtigkeit der Sache erklärlich ist. Prinzipielle Gegensätze über die Prinzipien der Kommission sind nicht zum Ausdruck gebracht worden. Eine nochmalige wissenschaftliche Revision wäre nicht nötig gewesen, wohl aber eine Revision von praktischen Gesichtspunkten aus und auch vom redaktionellen Gesichtspunkte. Nach den langen Berathungen der ersten Kommission ist die wissenschaftliche juristische Durcharbeitung garantiert, ein wirklicher Gewinn aus der nochmaligen technisch-juristischen Revision wird für die Nation nicht erfolgen, deshalb müßte eine Einschränkung der Berathung juristischer Details herbeigeführt werden, damit nicht der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzbuches unnötigerweise hinausgeschoben wird. Nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen können noch Jahre vergehen, ehe die Kommission den Entwurf endgültig festgestellt hat. Ich möchte daher der Erwägung anhängen, ob nicht eine Beschleunigung der Berathung veranlaßt werden könnte.

Staatssekretär Dr. Bosse: Ich kann dem Vorredner für keine Anregung nur dankbar sein. Das bürgerliche Gesetzbuch ist von einer so enormen Wichtigkeit, daß der Reichstag das Recht hat, sich von dem Stand der Arbeiten in der Kommission zu unterrichten, volle Klarheit ist hier nur wünschenswert. Auf Einzelfragen kann ich jetzt nicht eingehen, auch nicht auf die, ob die römisch-rechtliche Entwicklung mit einem Schlag vernichtet werden soll. Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs hat von vornherein den Gedanken ausgeschlossen, ganz von neuem anzufangen, obgleich ihr aus der Offenlichkeit deswegen Vorwürfe gemacht sind. Die Arbeiten müssen aber an die Grundlagen des ersten Entwurfs sich anlehnen. Der schroffe Tadel gegen diesen Entwurf ist durchaus unberechtigt. Seine Modifikation hat eine geradezu unvergleichliche Hingabe berufener Männer erfordert, und die Kritik ist auch, je länger, desto freundlicher geworden. Diese großartige Arbeit durfte nicht verloren sein. Die Kommission ist verstärkt worden durch einen preußischen Rechtsanwalt und durch meinen nächsten Kollegen im Reichsjustizamt. Sie be-

steht jetzt aus 24 Mitgliedern, die zur Hälfte im praktischen Leben stehende Männer sind. Alle politische Parteien sind in ihr vertreten, und vor allem ganz deutlich erkennbar die großen Strömungen der juristischen Welt. Sämtliche Mitglieder der Kommission sind von der großen Verantwortlichkeit ihrer Aufgabe durchdrungen, so daß eine sachliche Verständigung sehr erleichtert wird. Es herrscht eine überaus große Arbeitsfreudigkeit; sogar die nichtständigen Mitglieder sind sämtlich in jeder Sitzung zugegen. So muß es auch sein, denn mit vielender Arbeit ist diese Aufgabe nicht zu lösen.

Schon mein Amtsvorgänger hatte die Arbeiten der Kommission durch Einsetzung einer Subkommission zu erleichtern gesucht. Ich habe mich überzeugt, daß ihre Arbeiten eine ausgezeichnete Vorbereitung für die Berathung ergeben. Die Abänderungsvorschläge sind so eingreifend, und ihre Berathung ist so eingehend, daß selbst, wenn an dem ersten Entwurf festgehalten wird, doch ein ganz anderes Werk sich ergeben wird.

Der allgemeine Theil ist bis zur Hälfte gediehen; bis zum Juli wird die Kodifikation vollzogen sein; 1893 wird das Familienrecht, 1894 das Erbrecht berathen werden und 1903 wird die Redaktk. erfolgen, vorausgesetzt, daß die Kommissionsmitglieder die Arbeit aushalten werden. Kein Jurist bringt in der Kommission irgend einen Zweifel, irgend eine Anregung vor, um juristische Interessen zu vertreten, juristische Kleinigkeiten zu machen, er thut es mit den vollem Pathos des guten Gewissens, es ist ihm Gewissenssache. Ich kann die Dränger nur zur Selbstbeschränkung mahnen, eine Beschleunigung der Kommissionsarbeiten ist nicht möglich. Daß die Arbeit langsam vorwärts geht, kann man doch der Kommission nicht zum Vorwurf machen. Wie viel Zeit nimmt die Formulierung der Beschlüsse in Anspruch! Jedem werden wir es natürlich nicht recht machen können. Die einen behaupten, daß wir zu langsam, die andern daß wir zu schnell arbeiten. An der Scheide des Jahrhunderts wird hoffentlich das ganze Werk ins Leben treten können. Wenn die Klage erhoben wird, daß viele Materien im bürgerlichen Gesetzbuch nicht geordnet sind, so ist darauf zu erwideren, daß nicht alles gemacht werden kann. Was aber praktisch möglich ist, wird gethan werden. Ein ideales Recht, daß die Billigung aller findet, wird die Kommission nicht herstellen können. Wenn sie aber ein einheitliches, den praktischen Bedürfnissen entsprechendes Recht herstellt, das einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet, so hat sie ihre Aufgabe wohl gelöst. (Beifall.)

Abg. Goldschmidt (dfr.): Wir Mitglieder der Kommission können dem Staatssekretär für seine Ausführungen nur dankbar sein. Den Ausführungen meines Freundes Schröder kann ich aber nicht in allen Theilen zustimmen. Der Widerspruch gegen den ersten Entwurf ist nicht allein von juristischer Seite ausgegangen, sondern von Handelskennern und anderen Korporationen und Verbänden, und eine Folge davon ist eine Reihe von Vorschlägen und Änderungen, bereits 6 volle Bände; und die Reihe der Vorschläge ist noch lange nicht zu Ende. Schrift und Sprache ist jedenfalls, auch für Nichtjuristen verständlicher als im ersten Entwurf, und der Begriff der juristischen Person ist ein verständlicher geworden. Die Kommission ist in jeder Weise bemüht, den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens Rechnung zu tragen, und gute Rechtsverhältnisse zu schaffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Cuny (nl.): Wenn der Kommission ein so enger Rahmen gezogen worden wäre, wie es Abg. Schroeder wünschte, so hätte sie nicht mit Erfolg arbeiten können. So hat die zweite Kommission nur in Folge der Erweiterung des Rahmens ihrer Zuständigkeit die von der ersten Kommission außer Acht gelassene Frage der juristischen Persönlichkeit regeln können. Schon die Prüfung der von den Germanisten gestellten Forderungen erfordert Zeit. Im Interesse der Gründlichkeit der Berathung der Kommission bitte ich, der Anregung des Abg. Schröder nicht Folge zu geben. Ein Schlußantrag wird angenommen und der Titel bewilligt.

Darauf verzagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung, die ausständigen Theile des Etats für das Reichsamt des Innern). (Schluß 4½ Uhr.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 4. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Präsidium führt der nunmehr wieder hergestellte Präsident v. Kölle.

Die eingegangene Nachweisung über die dienstfreien Tage der im Eisenbahndienst beschäftigten Personen wird der verstärkten Budgetkommission überwiesen.

An Stelle des verstorbenen Abg. Dr. Mithoff wird Abg. Olzem zum Schriftführer gewählt.

Der Etat des Kriegsministeriums wird debattelos bewilligt.

Beim Etat der Lotterieverwaltung Kap. "Einnahmen" bemerkt

Abg. Korsch (konf.): Das Verbot des privaten Handels mit preußischen Lotterielosen hat die gewünschte Wirkung gehabt und die dagegen geltend gemachten Befürchtungen, namentlich betreffs des Ablasses der Lotte, sind nicht eingetreten. Nunmehr kann das Bedürfnis, in wie weit eine Vermehrung der Lotterielose stattzufinden habe, recht gut übersehen werden. Es ist kein Grund, erst im nächsten Etat diese Vermehrung zu bringen. Dieselbe liegt im Interesse einer Eindämmung des Spiels in verbotenen Lotterien und im Interesse der Staatsfinanzen. Redner fragt daher an, ob in einem Nachfrageetat die Angelegenheit ihre Regelung erfahren soll, und bittet die Regierung, eine Nachweisung über die Privatlotterien zu geben. Das Privatlotteriereien muß, wie die Staatslotterie dem Ressort des Finanzministeriums zugewiesen werden.

Geb.-Rath Marcinkowski: Das Gesetz über das Verbot des Handels mit Staatslotterielosen habe die Wirkung gehabt, daß der

Inserate, die schriftstellerisch Zeithals oder deren Name in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagansage 20 Pf., an denjenigen Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagansage bis 8 Uhr fortgelags, für die Morgenansage bis 5 Uhr fachm. angenommen.

Berantwortlicher für den
Inseratenhellen:
F. Slugkiss
in Posen.

öffentliche Handel von Privaten aufgehört hat. Indirekt aber wird der Handel fortgesetzt namentlich durch den Vertrieb nach dem Auslande. Die Lotterieselbststeuer weisen allerdings alle Versuche von Leuten zurück, welche Lotte nur als Mittelpersonen erwerben wollen. Wie die Sachen gegenwärtig liegen, wird eine Vermehrung der Lotterielose in diesem Jahre nicht eintreten können. Der Abfall der Lotte hat sich im ganzen glatt abgewickelt, wozu die Einrichtung der Zehntelloose beigetragen hat. Wir werden noch weiterer Erfahrungen bedürfen, um das Bedürfnis über die Höhe der Vermehrung der Lotte zu übersehen. Die Frage der Übertragung des Privatlotteriereien auf den Finanzminister kann in nächster Zeit nicht erledigt werden, da bereits bis zum Jahre 1896 Konzessionen ertheilt worden sind.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Nach meiner Ansicht ist eine Vermehrung der Lotte unzulässig. Der Staat darf aus dem Erieb zum Lotterieselbststeuer keine Einnahmequelle machen.

Abg. Cremer (wild.): Im Gegenthil, der Staat muß zu greifen, wo er auf anständige Art Geld verdienen kann. Die Veranstaltung von Lotterien ist nicht schlimmer, als der Handel mit Staatsseffekten und der Betrieb von Eisenbahnen.

Abg. Bleß (fr.): Bei dieser Frage muß man sich doch nicht von finanziellen Standpunkten, sondern von dem der Moral leiten lassen. Aus Gründen der Sittlichkeit muß man aber gegen eine Vermehrung der Lotterielose stimmen.

Abg. Dr. Vieber (fr.): Man kann nicht jedes Spiel als unsittlich bezeichnen. Unter den Vorschriften, welche die Staatslotterieverwaltung anwendet, um die Spielleidenschaft einzudämmen, namentlich nach Erlass des vorjährigen Gesetzes, kann man der Staatslotterieverwaltung das Recht nicht entziehen, durch Vermehrung der Lotte ihre Wirkung voll auszuüben. Finanzminister Dr. Miquel wiederholt die Ausführungen des Regierungsvertreters, daß man das Bedürfnis nach einer Vermehrung der Lotte noch nicht übersehen könne, weil noch Erfahrungen über die Wirkung des vorjährigen Gesetzes zu machen sind. Die Initiative zu einer Vermehrung muß man der Regierung überlassen. Der radikale ethische Standpunkt führt überhaupt zum Verbot jeder Lotterie. Da ein solcher Zustand nicht durchführbar ist, so wird eine angemessene Vertheilung der Lotte nothwendig sein. Wir werden darüber aber im nächsten Jahre uns unterhalten können.

Der Etat wird darauf bewilligt; ebenso debattelos die Etats der Seehandlung und Münzverwaltung, Staatschulden-Bewaltung, der allgemeinen Finanzverwaltung, des Staatsministeriums.

Beim Etat der Staatsarchive bemängelt

Abg. Dr. Krause (nl.): die lange Frist, welche die Archivbeamten bis zur definitiven Anstellung warten müssen, sowie die schlechte Besoldung dieser Beamten. Eine Anbeförderung derselben würde eine große finanzielle Mehrbelastung nicht zur Folge haben.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der General-Ordenskommission bemängelt

Abg. v. Meier-Arnswalde (wildkonf.): die traditionelle Zurückhaltung in der Ordensauszeichnung der Selbstverwaltungsbeamten und insbesondere der ländlichen Schulzen. Mit allgemeinen Ehrenzeichen könnte man etwas weniger sparsam sein, als es der Fall ist. Auch den Rothen Adlerorden müßten mehr Leute bekommen, damit auch die Schulzen, die keine Auszeichnung durch Beförderung erhalten können, die vierten Piepgöbel erhalten. Einer entsprechenden Anregung des Regierungspräsidenten würde der König gewiß Folge leisten.

Der Etat wird bewilligt; ebenso debattelos der Etat des geheimen Zivilkabinetts, der Oberrechnungskammer, der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, des Disziplinarhofes, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, des Gesetzbundesamts, des Reichs- und Staatsanzeigers, der Landesvermessung.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern.

Beim Ausgabentitel Minister wünscht

Abg. v. Czarlinski (pole) eine Ausdehnung und Verallgemeinerung der Zulassung polnischer Arbeiter in den Ostprovinzen und bringt neuerliche Hälften von Ausweisungen von Preußen vollständig assimilierten Polen zur Sprache, die sich politisch nach keiner Richtung mißliebig gemacht hatten.

Minister Herrfurth gibt zu, daß nur 8000 polnische und galizische Arbeiter zugelassen seien gegenüber einer Zahl von 18000 Sachsgängern. Indessen sei der Arbeitermangel auf dem Lande schon in weitem Umfang bestätigt. Ein Bedürfnis, weiter zu gehen, ist bis jetzt nicht vorhanden, man muß erst weitere Erfahrungen abwarten. Die Beschwerden betr. die Ausweisungen erklärt der Minister untersuchen zu wollen. Läßtige Ausländer müßten ausgewiesen werden. Eine generelle Änderung der von seinem Amtsantritt an befolgten Praxis habe er nicht eintreten lassen.

Abg. Dr. Potichins (lib.): beklagt sich, daß Referendare bei den Selbstverwaltungskörpern mit Referendaren betraut würden.

Minister Herrfurth erklärt diesen Zustand für durchaus nicht bedenklich. Nach den Gutachten sachverständiger Organe, wie des Oberverwaltungsgerichts, sei die thätige Teilnahme der Referendare an der Selbstverwaltung nicht bloß gelegentlich zulässig, sondern auch nützlich.

Abg. v. Schlescha (fr.): Nach der Antwort des Ministers auf die Anfrage des Abg. v. Czarlinski scheint die Hochsulth der Polenfurth noch nicht verlaufen zu sein. Dem Arbeitgeber ist eine Kontrolle über die von ihm beschäftigten polnischen Arbeiter auferlegt, die nur sehr schwer durchführbar ist. Eine Besserung der Arbeiterverhältnisse ist noch keineswegs eingetreten, und die Sachsgängerei macht sich der Landwirtschaft noch recht fühlbar. Eine Beseitigung des Arbeitermangels könnte nur eintreffen, wenn die Zulassung polnischer Arbeiter ohne Beschränkung stattfindet. Es ist nötig, daß nicht bloß unverheirathete Leute, sondern auch Familien zugelassen werden, und daß nicht wegen jeder Kleinigkeit eine Ausweisung erfolgt.

Minister Herrfurth: Die Ansicht, daß die Zulassung polni-

ihres Arbeiters keine Besserung zur Folge gehabt habe, ist eine irgende und steht in Widerspruch mit den amtlichen Berichten und mit der Anerkennung des Abg. v. Czarlinski. Man kann doch nicht verlangen, daß die Regierung geradezu eine Organisation der polnischen Einwanderung herbeiführe.

Abg. v. Oppen (kont.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Schalscha an. Der Arbeitermangel habe noch immer nicht nachgelassen, weshalb die Zulassung polnischer Arbeiterfamilien gestattet werden müsse; erst dann würde man zuverlässige Arbeiter bekommen.

Abg. Dr. Lieber (Btr.) hält die Beteiligung der Regierungsreferendare an den Verhandlungen der Selbstverwaltungskörper, namentlich an der Debatte, für sehr bedenklisch. Eine solche Beteiligung fände ja auch nicht seitens der Gerichtsreferendare bei den ordentlichen Gerichten statt.

Minister Herrfurth erklärt eine solche Beteiligung für notwendig im Interesse der Ausbildung der Referendare. Gegen Ausschreitungen würde Remedium geschaffen werden.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel "Landräthe" bemängelt

Abg. v. Meyer-Arnswalde die geringe Besoldung der Landräthe, die mit Arbeiten überlastet seien. Das Gehalt sei nicht gestiegen, wohl aber die Arbeit. Man bezahle sie nach der alten Schablone aus jener Zeit, wo die Landräthe selbständige Gutsbesitzer waren, während sie heute fast durchwegs nur Verufsbeamte sind. Die Bauinspektoren seien besser gestellt als die Landräthe, zu dieser Unterscheidung sei doch kein Grund vorhanden.

Minister Herrfurth gibt zu, daß die Arbeitslast der Landräthe zu ihrer Besoldung in keinem richtigen Verhältnis stehe. Hoffentlich würden im nächsten Etat die Mittel zur Aufbesserung vorhanden sein. Zur Entlastung der Landräthe seien einer großen Zahl von Landräthen Hilfsbeamte zur Seite gestellt worden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel "Polizei-Distrikts-Kommissarien in der Provinz Posen" erklärt auf eine Anfrage des Abg. D. Ziembowski Minister Herrfurth, daß eine Vermehrung der Distrikts-Kommissare wünschenswert, aber bei der jetzigen Finanzlage nicht gut durchführbar sei.

Abg. v. Czarlinski hält das Institut der Distrikts-Kommissare in Posen für einen Luxus, den man nicht noch vergrößern dürfe.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel "Strafanstalten" wünscht

Abg. Dr. Graf (nl.) die Oberaufsicht über die Elberfelder Strafanstalt einem Direktor zu übergeben, während dieselbe jetzt in Händen eines Oberinspektors ist.

Minister Herrfurth erwidert, daß diese Frage schon seit längerer Zeit in Erwägung gezogen werde.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Bei den "einmaligen und außerordentlichen Ausgaben" erklärt

Abg. Eberhard (kont.), daß er in der dritten Staatsberatung Gelegenheit nehmen werde, auf die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, welche durch die Unterstellung eines Theils der Gefängnisse unter den Ministern des Innern, des anderen Theils unter den Justizministern herbeigeführt werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr. (Landwirtschaftliche Etage).

(Schluß 2½ Uhr.)

Deutschland.

Berlin, 4. Febr. Vom gestrigen Diner beim Reichskanzler werden Einzelheiten verbreitet, die unmöglich richtig sein können. So behauptet die "Kreuz.", der Abg. Baumbach habe zum Kaiser gesagt, die Sozialdemokratie scheine im Einschlummern, der Kaiser aber habe darauf erwidert, das sei eine ganz verkehrte Ansicht. In dieser Weise ist weder von dem freisinnigen Abgeordneten, noch vom Kaiser gesprochen worden, und der Gewährsmann der "Kreuz." scheint ein wenig das gehört zu haben, was ihm zu hören lieb war. Auch dagegen sind begründete Zweifel am Platze, daß der Kaiser in derselben Unterhaltung erklärt haben soll, nur die auf ein bestimmtes Bekenntnis gestützte Religiosität könne gegen die Sozialdemokratie wirksam helfen. Wer wie der Kaiser die Ursachen der Wirtschaftskämpfe unserer Tage an ihrer Wurzel zu erkennen bestrebt ist, der mag der Religion schon ihre Bedeutung für diese Probleme zuweisen, aber er wird die weltlichen Gesichtspunkte dabei nicht weniger scharf ins Auge fassen. Der Kaiser hat gestern u. A. das Buch von Göhre "Drei Monate Fabrikarbeiter" eine mutige That genannt. In diesem Buch kommt die Religion zu ihrem vollsten Rechte, aber es stehen auch noch andere Dinge darin, die nicht weniger wichtig sind. Bei solchen nachträglichen Aufzeichnungen von Äußerungen unseres Kaisers, die in einem größeren Kreise von Personen gefallen sind, liegt immer die Gefahr nahe, daß irgend ein flüchtiges Wort missverstanden, eine Nebenbemerkung übertrieben, ein grundsätzliches Wort überhört wird. Von den gestrigen Bemerkungen unseres Kaisers über die Schulvorlage kam dies alles freilich nicht gelten. Diese Bemerkungen sind nämlich nicht gewissermaßen zufällig zu mehreren Personen gemacht worden, sondern sie richteten sich ausschließlich und in einer Privatunterhaltung an Herrn von Bennigsen. Die übrigen anwesenden Personen traten dabei in durch den Takt gebotene Entfernung, und dies Gespräch ist so von Niemandem mitangehört worden. Ein- oder zweimal näherte sich Graf Caprivi dem Kaiser und Herrn von Bennigsen, scheinbar um Anordnungen des Monarchen über irgend etwas zu erbitten; aber der Kaiser setzte die Unterhaltung, die ihn ersichtlich vollkommen in Anspruch nahm, eifrig und ernst fort. Es ist natürlich, daß sich gleich schon gestern Abend im Kanzlerpalais und mehr noch heute im Reichstage eine gewisse sekte Meinung über Wert und Inhalt dieser Unterhaltung entwickelte. Der Kaiser hat zu Herrn von Bennigsen ja nicht mit der Absicht gesprochen, daß der nationalliberale Führer diese Dinge für sich behalten möge; es sind die Angelegenheiten, die unmittelbar auf der politischen Tagesordnung stehen und die die Gemüther weithin bezogen, um welche es sich dabei handelte. Zusammenfassend kann man sagen, daß gestern die Bemühungen fortgesetzt wurden, aus den Schwierigkeiten der durch den Schulgesetzentwurf geschaffenen Lage einen brauchbaren Ausweg zu finden. Die

Stimmung in der Versammlung beim Reichskanzler war, nachdem der Kaiser sich entfernt hatte, die, daß das Kompromißwerk äußerlich, und soweit das Persönliche dabei in Betracht kommt, Fortschritte gemacht haben dürfte. Das Missliche ist und bleibt nur, daß keiner zu bestimmen weiß, auf welche Einzelpunkte sich die Erwartung einer Begleichung der Gegenfälle zu stützen vermöchte.

Den Berliner Stadtverordneten ist das nachfolgende Allerhöchste Dankschreiben zugegangen:

Die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin haben es sich in altgewohnter Treue nicht nehmen lassen, Mir zur Wiederkehr Meines Geburtstages mit herzlichen Glückwünschen und der erneuten Versicherung aufrichtiger Ergebenheit in der Adresse vom 27. v. Mts. zu nahen. Eingedenk der zwischen Meinem Staat und der Berliner Bürgerschaft von je her bestehenden engen Beziehungen bin Ich durch die vertraulose Kundgebung der Stadtverordneten herzlich erfreut worden. Den Stadtverordneten spreche Ich gern Meinen wärmsten Dank aus.

Das Antwortschreiben des Kaisers an den Magistrat lautet:

Die Glückwünsche des Magistrats Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin sowie den Ausdruck der Theilnahme an dem Hinscheiden mehrerer edler Mitglieder Mir naheverwandter Fürstenhäuser bei der diesjährigen Feier Meines Geburtstages entgegenzunehmen war Mir hoherfreudlich. Dem Magistrat spreche Ich für diese in treuer Gesinnung dargebrachte Aufmerksamkeit von Herzen gern Meinen Dank aus.

Wie die "Nord. Allg. Blg." mittheilt, ist schon unterm 6. Februar 1890 ein kaiserlicher Erlass ergangen, der sich ebenso, wie der des Prinzen von Sachsen, gegen Soldatenmisshandlungen wendet. Derselbe lautet:

"Ich habe aus den Mit von den kommandirenden Generälen eingereichten Nachweisungen über die Bestrafungen wegen Misshandlung Untergebener ersehen, daß die Bestimmungen der Ordre vom 1. Februar 1843 noch nicht durchweg in dem Geiste aufgefaßt und gehandhabt werden, in dem sie gegeben worden sind. In Meiner Armee soll jedem Soldaten eine gesetzliche, gerechte und würdige Behandlung zu Theil werden, weil eine solche die wesentlichste Grundlage bildet, um in demselben Dienstreid und Hingabe an den Beruf, Liebe und Vertrauen zu den Vorgesetzten zu wecken und zu fördern. Treten Fälle von fortgesetzten systematischen Misshandlungen Untergebener hervor, so haben Mir die kommandirenden Generäle bei Einreichung der Nachweisungen zu berichten, welchen Vorgesetzten die Verantwortung mangelhafter Beaufsichtigung trifft und was ihrerseits gegen denselben veranlaßt worden ist. Sie haben hiernach das Erforderliche zu veranlassen und den kommandirenden Generälen auch die Bemerkungen, zu welchen Mit den leichten Nachweisungen Anlaß gegeben haben, zugehen zu lassen."

Die Verhandlung vor dem Disziplinarhof gegen den preußischen Gesandten z. D. Grafen zu Limburg-Stirum wegen des in der "Kreuztg." z. B. veröffentlichten Artikels gegen die Handelsverträge findet der "Kreuztg." zufolge am 6. Februar statt.

Oesterreich-Ungarn.

* Noch wirkt die Erbitterung des ungarischen Wahlkampfes in den Preßfehden der liberalen und nationalen Journale fort. Besonders die letzteren führen eine selbst für Ungarn oft unerhörte Sprache. Der Budapester "Hirlap" veröffentlicht eine Liste von Geldsendungen, welche die Regierung zu Wahlzwecken für die Liberalen abgesandt habe. Das Blatt behauptet nun, Handelsminister Baróz habe in seiner Wahlrede der österreichischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft verständliche Winke zum Friedensschluß gegeben.

Die Regierung wird von dem Blatt ganz offen beschuldigt sich in den großen Kreditoperationen das Geld zum Wahlkampf verschafft zu haben. So werden die Minister Baróz und Szilagyi beschuldigt, ersterer mit der österreichischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft, letzterer mit der österreichisch-ungarischen Bank, für deren Fortbestehen er kirchlich warm eintrat, in diejer Richtung manövriert zu haben, während Finanzminister Béker während der Wahlen mit Rotschild über große Finanzoperationen verhandelt habe. Es sei also klar, daß die großen Wiener Gesellschaften und österreichischen Finanzleute der Regierung Geldmittel zu Wahlzwecken zur Verfügung gestellt habe. Die Regierungsbücher erwähnen nicht minder gereizt, der "Kreuzet" meint, man spreche ganz offen davon, daß einzelne für die Siege der Opposition begeisterte Männer große Opfer für dieselbe gebracht haben. Es werde noch dazu kommen, daß man gleichzeitig mit dem Lärm des einen oder des andern sensationellen Pistolenbeschusses von den ziffermäßigen Summen, der Kekurz und den Quellen dieser Ausgaben der Opposition sprechen werde. Die Regierungspartei nennt die des Grafen Apponyi die "Jesuitenpartei" und veröffentlicht die einlaufenden Berichte über die maßlose Agitation des katholischen Clerus.

Wien, 3. Febr. In Lemberg hat ein altrutherischer Parteitag unter großer Beteiligung aus Ostgalizien stattgefunden. Beschlossen wurde ein gemeinsames Vorgehen aller rutherfordischen Fraktionen bei den bekannten Forderungen in Schule und Verwaltung und Aenderung des Wahlsystems. Namentlich sollen direkte Wahlen in den Landgemeinden eingeführt werden. Der Vorsteher betonte, daß auch die Altrutherne keine russenfreundliche Partei seien, sondern den österreichischen Staatsgedanken hochhalten. Der Hauptredner Dobranzki sagte, die ungarischen Ausgleichsmacher seien in Verlegenheit, weil die Regierung ihre Zusagen nicht erfüllt habe. — In der heutigen Klubitzung der Vereinigten deutschen Linken erklärte Plener, die Regierung habe mit ihm über die Annahme eines hohen Staatsamtes verhandelt. Er habe jedoch mit Rücksicht auf die parlamentarische Lage und die jetzige Lage des böhmischen Ausgleichs geglaubt, darauf verzichten zu müssen und die Verhandlungen abgebrochen. Zugleich erklärte Plener, er müsse die ihm von Parteifreunden zugedachte finanzielle Parteidotation von 250 000 Gulden entschieden ablehnen.

Italien.

* Rom, 2. Februar. Beschäftigungslose Arbeiter durchzogen heute in großen Haufen die Stadt und demonstrierten vor dem Kriegsministerium und vor dem Obristinal. Die Carabinieri trieben sie schließlich auseinander, wobei es zu Flintenbüßen und einem Dutzend Verhaftungen kam. — Der gegen Cipriani und 61 Mitangestellte seiner Zeit eingeleitete, dann am 31. Oktober 1891 vertragte Prozeß wegen anarchistischer Umliebe ist gestern wieder aufgenommen worden. Alle Angeklagten und sämtliche Vertheidiger waren anwesend. Die Sitzung wurde durch den Namensaufruf der Angeklagten und Zeugen ausgefüllt. Heute beginnt das Verhör der Angeklagten mit Cipriani.

Parlamentarische Nachrichten.

— Der Abgeordnete Eugen Richter hat, von freisinnigen

Faktionsgenossen unterstützt, zur zweiten Lesung des Militär- etats den Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen:

Einjährig-Freiwillige, welchen über das vollendete 29. Lebensjahr hinaus von den Erziehungsbüroden in Gemäßigkeit des § 14 des Reichs-Militärgesetzes Aufschub für den Dienstantritt bewilligt worden ist, sind nicht denjenigen Dienstpflichtigen gleich zu erachten, welche im Sinne des § 4 des Kontrolleges vom 15. Februar 1875 „in Folge eigenen Verschuldens verspätet in den aktiven Dienst eingetreten sind“. Demgemäß verstößt eine Einberufung solcher früheren Einjährig-Freiwilligen nach Überschreitung des 32. Lebensjahres zu Landwehrübungen, wie solche in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen ist, gegen die Bestimmung in § 4 des Kontrolleges vom 15. Februar 1875, wonach solche Einberufungen nur ausnahmsweise auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnung gestattet sind.

Der Abgeordnete Dr. Neichenberger hat, wie erinnerlich, dem Reichstage einen Antrag auf Wiederherstellung der Berufungsinstanz in Strafsachen unterbreitet. Der Antrag wird demnächst in zweiter Lesung zur Beratung kommen. Für diese zweite Lesung haben die Abgeordneten Münnich und Traeger noch Zusatzanträge gestellt, welche durch neuste Vorkommnisse veranlaßt sind. Die Anträge verlangen die Einschaltung eines § 300:

Der Vorsitzende Dr. Neichenberger hat, wie erinnerlich, dem Reichstage einen Antrag auf Wiederherstellung der Berufungsinstanz in Strafsachen unterbreitet. Der Antrag wird demnächst in zweiter Lesung zur Beratung kommen. Für diese zweite Lesung haben die Abgeordneten Münnich und Traeger noch Zusatzanträge gestellt, welche durch neuste Vorkommnisse veranlaßt sind. Die Anträge verlangen die Einschaltung eines § 300:

§ 377 Nr. 8: wenn die Berufung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkt durch einen Beschuß des Gerichts unzulässig beschränkt werden ist.

Als eine solche unzulässige Beschränkung ist es auch anzusehen, wenn in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht der Vorsitzende die Grenzen der Rechtsbelehrung überchritten oder eine unnötige Rechtsbelehrung vorgetragen hat, ebenso wenn der Antrag auf Niederschreibung der Rechtsbelehrung oder eines Theils derselben unzulässiger Weise abgelehnt ist (§ 300 St.-P.-O.).

— Die Kommission des Reichstags nahm heute den Gesetzentwurf betr. die Außerkürzung der in Österreich bis Ende 1867 geprägten Vereinsthaler einstimmig an. In der Diskussion hielten es die Abg. v. Frege und v. Schalscha für angezeigt, Vorbehalte bezüglich der Außerkürzung der deutscen Silberthalera zu machen.

— Auf die Tagesordnung der morgen stattfindenden Sitzung der Budgetkommission des Reichstags hat der Vorsitzende Dr. v. Huene die von mehreren Seiten angeregte Befreiung des Erlusses des Prinzen Georg zu Sachsen bestimmt. Der Antrag auf Niederschreibung der Rechtsbelehrung oder eines Theils derselben ist auf Antrag in das Protokoll niedergeschrieben. Im Übrigen darf die Belehrung des Vorsitzenden von keiner Seite einer Erörterung unterzogen werden.

Ferner verlangen sie die Einschaltung eines § 300:

— In der heutigen Sitzung der Budgetkommission wurde, wie neulich in Aussicht gestellt, ein Muster der Zölle vorgezeigt, welche demnächst in weiterem Umfang in der Armee eingeführt werden sollen. Der Preis für das Zoll ist 12 M. Das Gewicht desselben beträgt 1600 Gramm; dasselbe wird durch Aufnahme von Feuchtigkeit um 600 Gramm erhöht. — Die Forderungen von 400 000 M. zur Beschaffung von Kriegsbrückenteilmaterial und je 122 200 und 123 000 M. für Schuppen zur Unterbringung desselben in Posen und Graudenz wurden nach vertraglichen Mitteilungen der Militärverwaltung bewilligt. Abgelehnt bez. zurückgestellt wurden, zum Theil unter Zustimmung der Militärverwaltung, Kasernebau in Oppeln, Paderborn, Köln. Über einen Kasernebau in Bremen, den letzteres vertragmäßig übernommen hat, entwickelt sich eine lange principielle Debatte, die noch nicht abgeschlossen ist.

Hochwasser.

Breslau. Die "Br. Blg." berichtet über den dortigen Stand des Hochwassers: Die Brücke der Rechte-Oder-Lausitzer Eisenbahn ist, wie bereits mitgetheilt wurde, bereits heute Vormittag um 8 Uhr für den Verkehr freigegeben worden, nachdem eine sorgfältige Untersuchung und Probebelastung derselben ergeben hatte, daß die durch den Anprall der Oderfähre erfolgten Beschädigungen von keinem Nachteil für die Tragfähigkeit sind. Vor der Brücke sind vier Oderfähre zu Schaden gelommen. Unmittelbar an der Brücke, und zwar mit der Spitze am zweiten Pfeiler, und von da bis zum vierten Pfeiler (von der Schiebwerderseite aus gerechnet) reichend, liegt der leere Deckkahn des Schiffers Karl Machle aus Neusalz a. O. Vor diesem Kahn befindet sich eine Zille, dem Schiffer Gustav Thiel gehörig, welche total in den Grund gesunken ist; man sucht dieselbe auszuhöhlen und ihre Decke zu verstauen, doch ist die Aussicht auf Erfolg nur gering. Vor dieser Zille liegt eine zweite, dem Schiffer Gottlieb Richter aus Kötzsch, Kreis Freystadt, gehörige Zille, welche man ebenfalls ausgehölt und deren Rettung zu erwarten steht. Ein dem Schiffer Karl Damke gehöriger Deckkahn, der noch vor den beiden Zillen angetrieben war und auf diese drückte, ist im Laufe des Vormittags abgezogen und in der Reihe der übrigen dort liegenden Schiffe festgelegt worden. Zwischen den Brücken der Rechte-Oder-Lausitzer Eisenbahn und der Breslauer Eisenbahn überwintern jetzt befahllich auf der Böpplinger Seite des Stromes gegen 150 Schiffe und auf dieser Stromseite sieht das Eis bis oberhalb der Röhrschlägerei; in der Nähe derselben liegt eine untergegangene Zille. Vor der Brücke der Breslauer Eisenbahn ist der starke Pfahl mit der Warnungstafel umgerissen worden, welche den Schiffen anzeigen, daß dort ein Telegraphentableau durch die Oder gelegt und das Auffahren daher verboten ist. An einem Pfeiler dieser Brücke ist gestern eine Zille so festig angetrieben worden, daß dieselbe wahrscheinlich eine kurze Strecke unterhalb gefunden ist. Weiter verlautet gerüchteweise, daß noch in der Nähe von Ostritz und weiter unterhalb bis Auras hin mehrere der von hier fortgeföhrt Oderfähre gesunken sind. Über die Ursache des Losreisens läuft wird u. a. Folgendes angeführt: In der Schiffsabfahrt liegen gegenwärtig zur Überwinterung eine so große Anzahl von Fahrzeugen, daß die vorgeschriebenen freibleibende Fahrstraße nicht sehr breit ist; Infolge dessen drängt sich das in ungewöhnlich großer Menge ankommande Eis sehr stark zusammen, und zwar wurden dadurch an den ersten fortgetriebenen Oderfähren mutmaßlich die Ankerketten nicht zerrissen, sondern die Anker gelockert und gehoben. Von einer Zahl anderer Oderfähren mögen dann in Folge des Anpralls der ersten auch die Ankerketten gebrochen sein. Die Holzbrücke über die Wehr am Ausgänge der Herrenstraße ist bereits wieder für den Verkehr von Fußgängern freigegeben worden. Leider ist hier eine Schleuse nicht gezogen worden; die Abnahme des Wasserstandes im Mittelwasser ist auf das Absinken der Oder überhaupt zurückzuführen, welche schon in der vergangenen Nacht hier den höchsten Stand erreicht hatte. — An der Eisveriegung oberhalb Breslaus bei Zetsch, welche noch gefahrdrohend ist, sind 50 Pioniere mit Sprengungen beschäftigt.

Lokales.

Posen, den 5. Februar.

Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung hatten gestern Abend eine gesellige Zusammenkunft in den oberen Gesellschaftsräumen des Falkischen Restaurants in der Berlinerstraße, an welcher 32 Mitglieder der städtischen Körperschaften, darunter auch der Erste Bürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher, teilnahmen. Nach einem gemutsschönen einfachen Abendessen blieben die Teilnehmer noch mehrere Stunden in angeregter Unterhaltung zusammen. Die Veranstaltung fand allgemeinen Beifall und sollen in Ausführung eines schon seit Jahren in den Kreisen der städtischen Vertreter gehegten, aber bisher nie zur Verwirklichung gelangten Wunsches, ähnliche Zusammenkünfte nunmehr von Zeit zu Zeit stattfinden.

Vermischtes.

Gine heile Affaire. Aus Paris schreibt man der "Voissig": Die Franzosen sind auf ihre Pariser Börse zurückgekehrt, auf ihr "parquet", sehr froh und rühmen bei jeder Gelegenheit die Geschäftigkeit, die Zuverlässigkeit, die strenge Rechtlichkeit ihrer "agents de change". Jetzt hat sich indeß wieder eine Geschichte zugezogen, die einen besonders lehrreichen Einblick in die Geschäftsgeschäfte des "parquet" gewährt und gegen die Gewohnheiten der hiesigen Börse nicht todtgeschwiegen werden kann, weil sie an die Politik röhrt. Einer der größten Börsenmänner des "Parquet", Laurent, hatte einen Bankier von Bordeaux, de Menon, zum Kunden. Das Verhältnis zwischen beiden war ein ziemlich ungewöhnliches; durch einen förmlichen Vertrag verpflichtete sich de Menon seine Geschäfte an der Pariser Börse durch keinen andern Makler besorgen zu lassen wie durch Laurent, wogegen Laurent verprach, den Menon über alle Vorgänge hinter den Coussinen der Börse auf dem Laufenden zu halten. Dieses Versprechen konnte einen gewissen Werth haben, denn Laurent war derjenige Makler, durch den die "Caisse des dépôts et consignation" für die Sparkassengelder die großen Rentenkäufe vornehmen ließ, welche den Preis der Rente binnen Jahresfrist von 87 Frs. auf 95 Frs. trieben. De Menon war ein Banquier von der Art der Maréchal Ney und Macé-Bernau: er förderte seine Kunden mit monarchisch-klerikal Ge- fügung und stellte seine Spekulationen unter den Segen der Kirche. Seine Einleger waren Domherren, Pfarrer und vermögende Landesleute aus dem Südwesten Frankreichs. De Menon spekulierte nach den Weisungen Laurent's, hatte in kurzer Frist neun Millionen verloren, stellte die Zahlungen ein und steht jetzt in Bordeaux wegen Unterschlagung und betrügerischen Bankrotts vor Gericht. In der Schlussverhandlung wurde festgestellt, daß de Menon binnen zweier Jahre an Laurent 150000 Frs. Mallergebühren gezahlt und daß er bei seinem durch Laurent ausgeführten Geschäft nie einen Pfennig gewonnen hat. Es ist sicherhaft, mit welcher unfehlbaren Sicherheit diese Spekulationen ausgeführt wurden. Laurent riet zu einem Geschäft, de Menon gab Auftrag es auszuführen, nach zwei oder drei Halbmonatsabschlüssen wurde es abgewickelt, und das Ergebnis war ein Verlust einmal von 78000, einmal von 209000, einmal von 325000 Fr. u. s. w. Zu derselben Zeit, als Laurent den amtlichen Auftrag hatte, etwa 120 Millionen Rente zu kaufen, riet er de Menon zu Baarverläufen größten Umfangs in Rente, und das Geschäft schloss für de Menon mit einem Verlust von 115000 Fr. Laurent that für seinen frommen Kunden ein Übriges, er ertheilte ihm nicht nur Börse-Nachrichten, sondern schickte ihm auch täglich einen Brief mit politischen Betrachtungen. In einem Brief wird beweglich getagt, daß "dieses Land", die Regierung nämlich, beim Schnäbel-Eisernenfall Deutschland nicht den Krieg erklärt hat. Ach, die Ehre Frankreichs ist den Händen der Juden und der schwächeren Republikaner anvertraut! Als die Auszüge aus seinen Briefen von den Blättern abgedruckt wurden, beeilte sich Laurent, sie zu verleugnen. Das konnte er, denn sie waren nicht von ihm, sondern von seinem Hauptbevollmächtigten geschrieben. Laurent behauptet, er habe von dem Inhalt des (jahrelang täglich geführten!) Briefwechsels seines Vertreters mit de Menon keine Kenntnis gehabt. Natürlich glaubt niemand diese kindliche Ausrede. Aber sie ist ebenfalls für das Wesen dieses Muster-Börsenmarkters kennzeichnend. Finanzminister Nouvier hat nicht gesäumt, Laurent die Kundschaft der staatlichen "Caisse des dépôts" zu entziehen. Wäre er nicht so ungeeignet gewesen, auf die republikanischen Minister und Abgeordneten zu schimpfen, so hätte sein Hahn danach geträgt, daß er de Menon so gut berathen und bedient hat.

Telegraphische Nachrichten.

Aachen, 4. Febr. Der Regierungspräsident von Hoffmann hier selbst ist zum Direktor der Hauptverwaltung der Staatschulden mit dem Amtcharakter als Präsident ernannt.

Wien, 4. Febr. Das Abgeordnetenhaus ist heute in die Spezialdebatte über den Börsensteuer-Gesetzentwurf eingetreten. Der Finanzminister Steinbach erklärte, er stehe dem Gesetzentwurf nicht ablehnend gegenüber; er verwahre sich jedoch auf das Endschiedensfest gegen die Auffassung, als ob die Börsensteuer ein Misstrauensvotum gegenüber der Börse sei. Der freie Markt sei für die Kreditwirtschaft und Staatswirtschaft von großer Bedeutung. Über die Frage der gleichzeitigen Einführung der Börsensteuer in Ungarn sei auch mit der ungarischen Regierung verhandelt worden. Die ungarische Regierung habe, da die Modalitäten der Börsenarrangements nicht geregelt seien, die Initiative nicht ergreifen können. Es schwanken indessen gegenwärtig Verhandlungen wegen Schaffung eines Institutes nach dem Muster des Wiener Girokassenvereins. Er sei zur Erklärung ermächtigt, daß, sobald die Börsensteuer in Österreich beschlossen und durchgeführt sei, eine gleiche Steuer auch in Ungarn beantragt werden würde. Hierauf wurde das Börsensteuergesetz in der Spezialdebatte mit geringfügigen Abänderungen angenommen, desgleichen das Gesetz betreffend die Entrichtung von Stempelgebühren auf ausländische Aktien, Renten und Schuldverschreibungen.

Beregszász, 4. Febr. Anlässlich der Wahlen hat gestern zwischen dem Obergepan Lonyay und dem bei der Wahl unterlegenen Kandidaten der Unabhängigkeitspartei Luby ein Säbelduell stattgefunden. Lonyay wurde leicht, Luby schwer verletzt.

Petersburg, 3. Febr. In unrichteten Kreisen wird der frühere Militäroberprokureur Generaladjutant Fürst Smiritsky als der wahrscheinlichste Nachfolger des Verkehrsministers Hübner bezeichnet.

Petersburg, 4. Febr. Alle Erwartungen über eine Aufhebung des Getreide-Ausfuhrverbotes sind unbegründet.

Augenblicklich denkt die Regierung sogar nicht daran und weist alle hierauf bezüglichen Gesuche zurück.

Paris, 4. Febr. Ein offizielles Telegramm berichtet: Oberst Humbert habe am 26. Januar die festen Plätze Samora und Keruane, zu Samora gehörig und etwa 80 Kilometer südlich von Bissaudongou gelegen, besetzt. Bei den Franzosen sei ein Spahi tot geblieben und zwei Mann verwundet. Das von der Expedition durchschrittene Land wird als reich und fruchtbar geschildert.

Paris, 4. Febr. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt eine Anzahl freihändlerischer Deputirte bei Wiederbeginn der Kammergesetzungen zu beantragen, daß die Regierung ermächtigt werde, die Zollsätze für Lebensmittel auch unter den Minimaltarif herabzusetzen. — Das Handelsgericht wies die Omnibus-Kompagnie in Folge Klage des Syndikats der Bediensteten der Gesellschaft an, den zwölfstündigen Arbeitstag strikte einzuhalten. — In Folge der ungenügenden Hammelzufuhr ist der Preis für Hammelfleisch in den Centralhallen seit einigen Tagen um 20 Frs. pro 100 Kilogramm gestiegen.

Madrid, 4. Febr. Das amtliche Blatt veröffentlicht das Dekret betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland bis zum 30. Juni.

London, 4. Febr. Nach einer Meldung aus Malta sitzt das englische Panzerschiff "Victoria", welches am 29. v. Mts. in der Nähe von Missolonghi aufgefahren ist, trotz wiederholter Versuche, dasselbe wieder flott zu machen, immer noch fest, obgleich die Kanonen und 2000 Tonnen schweren Gerät ausgeladen sind.

London, 4. Febr. Auf dem Viehmarkt zu Islington ist unter dem dänischen Vieh die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen; es darf daher laut polizeilicher Anordnung heute und Montag kein Stück Vieh vom Markt entfernt werden.

Konstantinopel, 4. Febr. (Meldung der "Agenzia de Konstantinopoli"). Bei der Entgegennahme der letzten Note des bulgarischen Ministers des Auswärtigen, Grefow, in der Chaudourne-Angelegenheit erklärte der französische Vertreter Lamel müßlich, er nehme die Beziehungen wieder auf, ohne sich darüber auszusprechen, ob Frankreich den Inhalt der bulgarischen Note annehme. Inzwischen überreichte der französische Botschafter Rampon der Pforte eine vom 1. Februar datierte Note, in welcher erklärt wird, die französische Regierung erachte auf Grund der Unterredung ihres Botschafters mit dem Großvizer vom 22. Januar den Zwischenfall nunmehr für geschlossen, ohne in eine Erörterung des in der bulgarischen Note aufgestellten Prinzipes sich einzulassen, um nicht wieder auf die Angelegenheit zurückzugreifen. Es wird versichert, die Pforte werde unter Betonung des Standpunktes, daß das in der bulgarischen Note aufgestellte Prinzip auch das ihrige sei und daß sie dasselbe anstreiche, erwiedern, daß sie die Mitteilung zur Kenntnis nehme. Ferner verlautet von guter Seite, die bulgarische Regierung wolle sich mit den in der französischen Note enthaltenen Vorbehalt nicht zufrieden geben, sondern erklären, daß ihre Note, da dieselbe das Resultat eines zwischen allen Parteien erzielten Kompromisses sei, ohne jeden Vorbehalt formell angenommen werden müsse; anderenfalls könnte die Frage jeden Augenblick wieder aufgenommen werden.

Athen, 4. Febr. Prinz Karl von Hohenzollern ist heute nach Italien obgereist.

Angelommene Fremde.

Bozen, 5. Februar.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Landgerichtsrath Dr. Dahlmann a. Bromberg, Oberingenieur Altmann a. Hannover, Fabrikant Reinch a. Münsterberg, Direktor Altenberg a. Hamburg, Rentier Berger a. Schleswig, die Kaufleute Landsberger, Haubert, Budor, Schmid, Bodenstein u. Kräftele a. Berlin, Heroldt aus Stettin, Tuteur a. Crefeld, Kühnrich a. Olmütz in Mähren, Fabian a. Bielefeld u. Deutch a. Paris.

Hotel de Rome. — f. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Major v. Winterfeld a. Brzezendorf, Freiherr v. Massenbach aus Blatzofsch u. Major v. Treskow mit Tochter a. Wierontza, Landrat v. Kitzing a. Obornik, Postinspektor Engelbrecht a. Bromberg, Frau Gutsbesitzer v. Parczewski a. Schrimm, Fabrikant Dresdner, die Kaufleute Norden, Stahlberg, Schlochauer, v. Büren u. Lichtenfeld a. Berlin, Fimming a. Chemnitz, Centawer a. Breslau, Perl u. Hollaender a. Leobschütz, Peidert a. Leipzig, Ruhstadt a. Magdeburg, Breitenbach a. Nürnberg, Walther u. Kettler a. Bremen, Giltay a. Bordeaux, Fleischner a. Dresden, Günzel a. Oberneuschönberg, Münczner a. Bautzen, Stompe a. Fraureuth, Bastian a. Osterode a. Harz, Ritter a. Hamburg u. Singer a. Frankfurt a. Main.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer v. Grudzielski mit Frau a. Soleczno, v. Chelmicki a. Barzewe, Dr. v. Stafinski a. Konarzewo u. v. Moszczenski a. Pawno, Propst Wiszniewski a. Kielce, Hotelbesitzer Adamczewski mit Frau a. Rakow, Kaufmann Hedinger a. Nowrażlaw, Frau Guzowska u. Scheller aus Warschau.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne). Fabrikant Kloß a. Petersdorf, Gerichts-Sekretär Rosenthal aus Ostrowo, Revisor Graff a. Breslau, Versicherungs-Inspektor Gersdorff a. Magdeburg, Ingenieur Pothe, die Kaufleute Spindeloch u. Gänseried a. Berlin, Lehmann a. Dresden, Bahr a. Halle, Erich a. Leipzig, Dittrich a. Danzig, Molentitsch a. Stettin, Teinsberg a. Gladbach, Antonie Schück u. Marie Kondintha a. Breslau.

J. Graetz's Hotel "Deutsches Haus" vormals Langner's Hotel. Rentier Schwarz a. Dresden, Fräulein Agnes Lazar a. Schepelwitz, Stud. pharm. Tumann a. Leipzig, die Kaufleute Sprinz u. Spiegel a. Berlin, Walber a. Breslau u. Schlesinger a. Görlitz.

Theodor Jahn's Hotel garni. Die Kaufleute Neugedächter a. Gotha, Stern u. Brendel a. Berlin u. Berliner a. Breslau, Fabrikant Heymann a. Lüdenscheid u. Techniker Koehler a. Breslau.

Handel und Verkehr.

** Petersburg, 4. Febr. Die Emission der 4prozentigen steuerpflchtigen Obligationen der Moskau-Kasan-Eisenbahn-Gesellschaft im Betrage von 30 Millionen Kreditrubel findet am 16. Februar n. St. zum Kurs von 91 $\frac{1}{2}$ statt. Bezeichnungen nehmen die zum Übernahme-Syndikat gehörigen Firmen, nämlich die Moskauer Diskontobank, die Kaufmannsbank, die Handelsbank und Poljakow, sowie außerdem die Reichsbankasen entgegen.

** Amsterdam, 4. Febr. In einer von dem hiesigen Börsenkomitee veranstalteten Versammlung der Inhaber portugiesischer Schuldsscheine wurde der Bildung eines Komites zugestimmt,

welches mit dem Schutz der Interessen der Gläubiger Portugals beauftragt werden soll. Zwei Vertreter des entsprechenden Komites in Rotterdam erklärten, den gesuchten Beschlüssen beitreten zu wollen.

** Newyork, 3. Febr. Nach ruhiger Eröffnung trat im Verlaufe Abendwährend ein und schloß die Börse zu niedrigeren Kursen. Der Umlauf der Aktien betrug 346000 Stück. Der Silverbetrug wird auf 370000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 150000 Unzen. Die Silberankäufe für den Staatsfonds betragen 139000 zu 90,80 zu 91,10.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen

im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
4. Nachm.	739,8	NW frisch	bedeckt	+ 3,7
4. Abends	743,5	NNW mäßig	heiter	+ 0,9
5. Morgs.	744,0	S frisch	bedeckt	+ 1,0
Am 4. Febr.	Wärme-Maximum +	3,7° Cel.		
Am 4.	Wärme-Minimum -	0,5°		

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Febr. Morgens 2,64 Meter.
= = 4. Mittags 2,72 =
= = 5. Morgens 3,18 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 4. Febr. (Schlußkurse.) Matt.

Neue 3proz. Reichsanleihe 84,25, 3 $\frac{1}{2}$, proz. L.-Pfandbr. 97,05, Konsol. Türk. 18,40, Türk. Loos 70,00, 4proz. ung. Goldrente 93,25, Bresl. Diskontobank 94,25, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditaktien 172,25, Schles. Bankverein 110,00, Donnersmarckhütte 80,10, Flößerkunst 124,60, Oberlausitz Eisenbahn 57,90, Oberlausitz. Portland-Zement 95,00, Schles. Cement 133,00, Oppeln. Zement 100,25, Schles. Dampf. C. —, Kramfis 117,00, Schles. Zinflaftien 192,00, Laurahütte 108,50, Bresl. Oefslab. 88,25, Steiermark. Banknoten 173,10, Russ. Banknoten 200,40, Giebel Cem. 104,50.

Frankfurt a. M., 4. Febr. (Schlußkurse.) Schwach.

Bond. Wechsel 20,398, 4proz. Reichsanleihe 106,90, österr. Silberrente 81,90, 4 $\frac{1}{2}$, proz. Papierrente 82,00, do. 4proz. Goldrente 96,50, 1860er Russ. 125,00, 4proz. ungar. Goldrente 93,40, Italiener 91,60, 1880er Russ. 93,40, 3. Orient. 64,10, ungar. Egypt. 95,90, 1880er Türk. 18,20, 4proz. türk. Ank. 82,90, 3proz. port. Ank. 29,90, 5proz. serb. Rente 83,00, 5proz. amori. Rumäni. 97,90, 6proz. Konsol. Mexik. 80,00, Böh. Westb. 300 $\frac{1}{4}$, Böh. Nordbahn 162 $\frac{1}{4}$, Franzosen 258, Galtz 183 $\frac{1}{4}$, Gotthardsbahn 139,00, Bombarden 81 $\frac{1}{2}$, Lübeck-Büchen 148,50, Nordwestbahn 186 $\frac{1}{2}$, Kreditaktien 267 $\frac{1}{2}$, Darmstädter 124,70, Mittels. Kredit 98,00, Reichsb. 144,90 Dist. Kommandit 183,30, Dresdner Bank 135,00, Partier Wechsel 81,10, Wiener Wechsel 172,70, tschech. Tabakrente 84,30, Bohum. Gußstahl 112,40, Dortmund. Union 58,90, Harpener Bergwerk 143,50, Hibernia 125,90, 4proz. Spanier 63,30, Mainzer 113,60.

Private Diskont 1 $\frac{1}{4}$ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 267 $\frac{1}{2}$, Dist. Kommandit 183,20, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Darmstädter —.

Wien, 4. Februar. (Schlußkurse.) Auf Platzrealisierungen und Arbitrageverkäufe vorwiegend abgeschwächt. Schlußträge.

Öster. 4 $\frac{1}{2}$, proz. Papier. 95,15, do. 5proz. 103,10, do. Silber. 94,70, do. Goldrente 112,00, 4proz. ung. Goldrente 108,35, do. Papierrente 102,85, Länderbank 210,25, österr. Kreditakt. 312,25, ungar. Kreditaktien 343,50 Wien. Bl.-V. 114,50, Elbenthalbahn 234,75, Galizier 212,75, Lemberg-Czernowitz 247,50, Lombarden 92,00, Nordwestbahn 215,00, Tabakaktien 163,50, Napoleons 9,38, Wertnoten 57,82 $\frac{1}{2}$, Russ. Banknoten 1,15 $\frac{1}{2}$, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anteile 102,00.

Paris, 4. Febr. (Schlußkurse.) Matt.

Wolle. 171 Ballen Cap. — Ballen Ratal. — Ballen Buenos-Ayres. — Ballen Austral. 7 Ballen Kämmlinge.

Spec short clear middl. Ruhig. —

Hamburg. 4. Febr. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holstein. loko neuer 215—220. Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 218—230, russ. loko ruhig, neuer 192—198 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübböhl (unverz.) ruhig, loko 59.00. Spiritus still, p. Febr.-März 35%, Br., per Mai-Juni 35%, Br., p. April-Mai 35%, Br., per Mai-Juni 36 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 2500 Sac. — Petroleum ruhig, Standard white loko 6.35 Br., p. März 6.20 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Hamburg. 4. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 66%, [per Mai 65, per] Sept. 63%, pr. Nov. 61%. Ruhig.

Hamburg. 4. Febr. Börsenmarkt (Schlußbericht). Rübäuder I. Produkt Bais 88 p.Ct. Rendement neue Wiance, fre am Bord Hamburg p. Febr. 14.62%, p. März 14.85, p. Mai 15.17%, p. August 15.50. Ruhig.

Berst. 4. Febr. Produktenmarkt. Weizen loko fester, ver Frühjahr 10.34 Gd., 10.36 Br., per Herbst 9.25 Gd., 9.27 Br. Hafer p. Frühjahr 6.11 Gd., 6.13 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5.50 Gd., 5.52 Br. — Kohlraps p. Aug.-Sept. 13.20 Gd., 13.30 Br. — Wetter: Unwölkig.

Paris. 4. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, p. Februar 24.90, p. März 25.20, p. März-Juni 25.40, p. Mai-August 25.90. — Roggen träge, ver 18.40, ver März-Aug. 18.20. — Hafer fest, p. Febr. 52.90, p. März 53.50, p. März-Juni 54.40, p. Mai-Aug. 55.30. — Rübböhl ruhig, p. Febr. 54.25, p. März 54.75, p. März-Juni 55.50, pr. Mai-Aug. 56.75. — Spiritus fest, p. Febr. 47.25, p. März 46.75, p. März-April 46.75, p. Mai-August 45.25. — Wetter: Schön.

Paris. 4. Febr. (Schlußbericht.) Rübäuder fest, 88 p.Ct. loko 38.00 a 38.25. Weißer Hafer fest, Nr. 3 per 100 Kilo p. Febr. 40.75, p. März 41.12%, p. März-Juni 41.50, p. Mai-August 42.00.

Havre. 4. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 25 Points Baisse. Rio 8.000 Sac, Santos 10.000 Sac Rettes für gestern.

Havre. 4. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Petmann, Stealer u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 89.00, p. Mai 86.00, p. Sept. 82.25. Weiß.

Antwerpen. 4. Febr. Wolle. (Telegr. der Herren Wiltens u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per April 4.25, p. Sept. 4.37%, entfernte Termine 4.40 Verkäufer.

Antwerpen. 4. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raf-finerie Type weiß loko 16 bez. und Br., p. Febr. 15%, Br., p. März 15%, Br., Sept.-Dez. 15%, Br. Ruhig.

Antwerpen. 4. Febr. Getreidemarkt. Weizen niedriger. Roggen nachgebend. Hafer schwach. Gerste unbelast.

Amsterdam. 4. Febr. Getreidemarkt. Weizen p. März 230, p. Mai 235. Roggen p. März 207, p. Mai 213.

Amsterdam. 4. Febr. Banczium 54.

Amsterdam. 4. Febr. Jawa-Kaffee good ordinary 55.

London. 4. Febr. 96 p.Ct. Jawaüder loko 16% ruhig.

London. 4. Febr. Chili-Kupfer 44, ver 3 Monat 44%.

London. 4. Febr. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. — Heiter.

Glasgow. 4. Febr. Nohlsen. (Schluß.) Mixed numbers. warrants 43 sh.

Bradford. 4. Febr. Wolle ruhig, unverändert, Exportgarne matt, Stoffe ruhig.

Liverpool. 4. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10000 Ball. Unb. Tagesimport 11000 Ball.

Liverpool. 4. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 12000 B., davon für Spekulation und Export 1500 B.

Amerikaner fest, Surats ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 37%, März-

April 35%, April-Mai 35%, Mai-Juni —, Juni-Juli 4%, Juli-Aug. 4%, Sept. 4%, d. Alles Verkäuferpreis,

Chicago. 3. Febr. Weizen p. Febr. 84%, p. Mai 88%.

Mais p. März 40%. Spec short clear 6.00. Bork p. Febr. 11.45. Newyork. 4. Febr. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per März 6%. Weizen per Mai 99.

Newyork. 3. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7%, do. in New-Orleans 6%. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6.45 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6.35 Gd. Rokes Petroleum in Newyork 5.80, do. Pipeline Certificates p. März 60%. Biemlich fest. Schmalz loko 6.67, do. Rohe u. Brothers 6.90. Kuder (Karr refning Muscovados) 3. Mais New (p. März 49%, p. April 49%, p. Mai 48%). Rother Winterweizen loko 101. Kaffee Rio Nr. 7, 14%. Mehl 4 D. 0 C. Getreidefracht 3. — Kupfer —. Rother Weizen per Febr. 99%, p. März 100%, p. April 100%, p. Mai 99%. Kaffee Nr. 7, low ordinary p. März 12.85, p. Mai 12.47.

Berlin. 5. Febr. Wetter: Trübe.

Newyork. 4. Febr. Rother Winterweizen. p. Febr. 100% C., p. März 101%. C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 4. Febr. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit etwas niedrigeren Kursen auf sperrhaftem Gebiet. In dieser Beziehung waren die auswärtigen, besonders Wiener Lendenzmeldungen von bestimmendem Einfluß.

Das Geschäft entwickelte sich anfangs ruhig und Verkaufsnegligenz war überwiegender.

In weiteren Verläufe des Verkehrs stellte sich dann zu den niedrigeren Kursen Deckungsbegehr heraus, der zu einer Befestigung und etwas größerer Regsamkeit führte. Auch in der zweiten Hälfte der Börse machten sich noch wiederholte Schwankungen bemerklich.

Der Kapitalmarkt zeigte weniger feste Haltung für heimische solide Anlagen; 3% prov. und 3% Reichs- und Preußische konsol. Anleihe schwächer.

Fremde, seiten Zins tragende Papiere sehr ruhig und gleichfalls schwach; Russische Anleihen anfangs fest, Rubelnoten schließlich nachgebend.

Der Privatdiskont wurde mit 1% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu etwas niedrigerer Notiz mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen, Lombarden und andere Österreichische Bahnen schwächer, besonders Buschtheader erheblich weichend, Schweizerische Bahnen ziemlich behauptet.

Inländische Eisenbahntickets gaben bei ruhigem Verkehr zumeist etwas nach, namentlich Ostpreußische Südbahn und Marienburg-Mlawka.

Bankaktien lagen in den Kassaverthen sehr ruhig, auch die spekulativen Devisen zumeist wenig belebt und weichend; Diskont-Kommandit-Antheile zu niedrigerer Notiz ziemlich lebhaft.

Industriepapiere ziemlich fest, aber nur vereinzelt etwas lebhafter; Montanwerthe wenig verändert und ruhig.

Produkten - Börse.

Berlin. 4. Febr. Die sämtlichen Auslandsberichte melden ermäßigte Preise. Hier war das Angebot sehr stark auf Grund von Ankäufen aus dem Auslande, wie in Realisation früherer Abschlüsse. Weizen gab um ca. 5 M., Roggen um ca. 3.50 M. nach, doch befestigte sich später auf Seite Weiter Telegramme die Stimmung und ein Theil des Verlustes wurde wieder eingebrochen. Von Auslande sind zwei Ladungen Weizen gehandelt worden, eine Dampferladung ab Barna zu 155 M. auf Hamburg. Hafer gab der allgemeinen Tendenz folgend, ebenfalls etwas nach, schließlich aber etwas bestätigt. Roggenmehl still und merklich billiger, Rübböhl weichend. Spiritus war im Anschluß an den Getreidemarkt schwach, Volo und Termine hielten bei stilllem Geschäft 60—70 Pf. ein, doch trat später eine gewisse Erholung ein.

Wie wir nachträglich erfahren, ist die zweite der oben erwähn-

ten Ladungen Chicago-Weizen, welcher zu 157 Mark cft Hamburg gelaufen ist.

Weizen (mit Ausschluß von Haushweizen) p. 1000 Kg. Volo flau. Termine gewichen. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 196—220 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 200 Mt., p. diesen Monat — bez., p. April-Mai 198.5—197.5—197 bez., per Mai-Juni 199.5—197.5—198.5 bez., per Juni-Juli 200.5—198.5—199.75 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Volo flauer. Termine schwankend. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 200—208 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 205 Mt., inländischer guter 204 bis 205 ab Bahn u. frei Mühle bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 200—205—199.5—200—200 bez., per Mai-Juni 197.5—197—198 bez., p. Juli-Aug. 195.75—195.25—196 bez., p. Juli-Aug. 185.5—185—185.75 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. flau. Große und kleine 156—200 M. nach Qual. Futtergerste 157—167 M.

Hafer per 1000 Kilo. Volo Mittelware flau. Termine niedriger. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 147—176 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 153 Mt. Pommerfischer, preuß. und schles. mittel bis guter 150—160, hochfeiner 172—173 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 151—151.25—151.75 bez., p. Juni-Juli 151.75—151.5—152 bez.

Mais per 1000 Kilo. Volo still. Termine niedriger. Gef. — To. Kündigungspreis — Mt. Volo 140—150 Mt. nach Qual., per diesen Monat — M., per Jan.-Febr. —, per Febr.-März —, per April-Mai 117—116.75 bez., per Mai-Juni — bez., p. Juni-Juli —, p. Juli-Aug. 119—118 bez.

Erbse p. 1000 Kilo. Kochware 190—240 M., Futterware 170—180 M. nach Qualität.

Roggemehl Kr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sac. Termine schwankend. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — Kr., per diesen Monat 27.75 bez., per Febr.-März 27.50 bez., per April-Mai 26.85—26.70—26.85 bez., p. Mai-Juni — bez., p. Juni-Juli 26.45—26.35—26.45 bezahlt.

Rübböhl p. 100 Kilo mit Fas. Termine flauer. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Volo mit Fas. — M., loto ohne Fas. — M., per diesen Monat — bez., per Febr.-März —, p. März-April —, per April-Mai 55.7—55.2—55.5 bez., p. Mai-Juni —, p. Sept.-Okt. 55.2—54.8—55 M.

Trockene Kartoffelfstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac. Volo 32.75 M. — Feuchte bgl. p. Volo 18.75 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sac. Volo 33.75 M.

Petroleum. (Raffinates Standard white) p. 100 zoll mit Fas. in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — Mt., per Febr.-März —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo ohne Fas. 64.7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10000 Str. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo ohne Fas. 45.2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo mit Fas. —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Anfangs flau, schließlich fester. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo mit Fas. —, per diesen Monat — bez., p. Febr.-März — bez., per März-April —, per April-Mai und per Mai-Juni 45.8—46 bis 45.7—46 bez., per Juni-Juli 46.3—46.6—46.5 bez., p. Juli-Aug. 46.7—47—46.8—46.9 bez., per Aug.-Sept. 46.5—46.3—46.7—46.6 bez.

Weizenmehl Kr. 00 29.00—27.00, Kr. 0 26.75—25.00 bez. keine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Kr. 0 u. 1 28.00—28.00 bez., Kr. 0 1%, M. höher als Kr. 0 und p. r. 100 Kg. br. inkl. Sac.

Feste Umrechnung: — Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4½ M I. Rub. = 3 M. 20 Pf. I fl. südd. Wösterr. = 12 M. I fl. W. = 2 M. I fl. Holl. W. I. M. 70 Rf., I Franc oder I Lira oder I Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 4.	Brisch. 20. T.L.	105.25 G.	Brsh. Hyp.-Pf. 4½	102.90 bz B.	Brsh. Hyp.-Pf. (2)	85.55 B.	Pr.Hyp.-Bis.(r.120)	4½/1	Hausg. Mumb.	125.00 B.
Amsterdam..	8 T.	168.80 bz	Brsh.Gld-Pfd.	89.90 bz	do. Gold-Prior.	101.80 G.	do. do. Vi.(r.110)	5	Moabit	123.75 B.
London	8 T.	20.35 G.	Do. Rente	83.60 bz G.	do. do.	128.50 bz G.	do. do. VI.(r.100)	3½	Passage	69.25 bz Q.
Paris.....	8 T.	81.00 G.	Do. o. neue	84.10 bz G.	do. do.	128.00 bz G.	U. d. Linden	3	U. d. Linden	15.00 bz B.
Wien	8 T.	172.95 bz	Stocki.	98.60 bz	do. do.	104.25 G.	Berl.Elektr-W.	9	Berl.Elektr-W.	157.25 G.
Petersburg	6 W.	199.25 bz	do. St.-Unt.87	100.00 bz	do. do.	100.80 B.	Berl. Lagerhof	10	Berl. Lagerhof	82.00 bz G.